

III. Datenverarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten (z. B. Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geburtsdatum, Bankverbindung, usw.) werden durch die zuständigen Stellen der Gewerkschaft ver.di, also insbesondere durch die bezirkliche Rechtsschutzstelle bzw. das zuständige Team Beratung und Recht, die Rechtsabteilung des ver.di-Landesbezirks und den Bereich Recht/Rechtspolitik der ver.di-Bundesverwaltung, gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Durchführung des satzungsgemäßen Rechtsschutzes erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmung werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Ich willige hiermit in die Weitergabe meiner für die Durchführung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes erforderlichen personenbezogenen Daten an

(Zutreffendes bitte ankreuzen; mehrfaches Ankreuzen möglich!)

☐ die DGB Rechtsschutz GmbH,

☐ Rechtsanwältin / Rechtsanwalt / die Rechtsanwälte (*Unzutreffendes bitte streichen!*)

.....
Name der Kanzlei

.....
Anschrift der Kanzlei

ein. Zweck der Datenverarbeitung und -weitergabe ist die Prüfung der Erfolgsaussichten zur Gewährleistung des satzungsgemäßen Rechtsschutzes sowie ggf. die außergerichtliche und gerichtliche Verfahrensführung einschließlich des Geschäfts- und Schriftverkehrs mit Gerichten, Behörden, Arbeitgebern und sonstigen Verfahrensbeteiligten.

Die Einwilligung gilt für sämtliche Verfahren dieses Rechtsstreits über alle Instanzenzüge einschließlich der Zwangsvollstreckung.

Diese Einwilligung kann jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber der Rechtsschutzstelle bzw. dem zuständigen Team Beratung und Recht widerrufen werden. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt (§ 51 Abs. 3 S. 2 BDSG i.V.m. Art. 7 Abs. 3 S. 2 DSGVO).

J. Jochhausen, 16.1.25
Ort, Datum

P. Weyer
Unterschrift Antragsteller/in

Ein Exemplar dieses Antragsformulars und ein Auszug aus der ver.di Rechtsschutzrichtlinie (§§ 1 – 9) wurden mir ausgehändigt.

P. Weyer
Unterschrift Antragsteller/in